

Die Wahlerfolge der AfD in den drei ostdeutschen Landtagswahlen des vergangenen Jahres haben vielerorts die Frage stellen lassen: „Was ist mit dem Osten los?“ – ganz so, als seien diese Wahlerfolge ein spezifisch ostdeutsches Phänomen. In Wahrheit sind in vielen europäischen Ländern rechtslastige und rechtspopulistische Parteien im Aufwind, so in den Niederlanden, in Frankreich und in Italien. Auch im Westen Deutschlands hat die AfD zum Teil beachtliche Erfolge. Bei der Landtagswahl in Bayern kam die AfD 2023 auf 14,6 Prozent der Stimmen, in Niederbayern sogar auf 18,5 Prozent. Aber kam jemand hat gefragt: „Was ist mit den Bayern los?“ Der Blick nach Osten ist nach wie vor ethnologisch: der Blick in ein fremdes Land. Also 18,5 Prozent für die AfD in Bayern ist noch normal, 30 Prozent im Osten ist dagegen ein Skandal. Die AfD vertritt zudem in Ostdeutschland nach wie vor eine Minderheit.

Der ethnologische Blick nach Osten erklärt sich daraus, dass die Ostdeutschen nur ein Sechstel der Gesamtbevölkerung darstellen und die deutschen Leitmedien westlich dominiert sind. Das wird sich so schnell nicht ändern oder auch gar nicht. Aber es erzeugt Verzerrungen bei der Einordnung und Deutung der Wahlerfolge der AfD. Manchmal gewinnt man den Eindruck, die AfD werde für eine ostdeutsche Partei gehalten. Das ist natürlich völliger Unsinn. Westdeutsche Kritiker des Euros und der Eurorettung haben sich 2013 zur Alternative für Deutschland zusammengeschlossen. Ihr erster Vorsitzender war Bernd Lucke, Wirtschaftsprofessor in Hamburg. Aber schon ein Jahr später begann eine Umorientierung der AfD in Richtung auf den rechten Rand des politischen Spektrums, zunächst als Annäherung an Pegida.

Pegida war eine Protestbewegung, die 2014 in Dresden entstanden war: „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Gegründet war diese Bewegung, die sich in Anlehnung an die Leipziger Montagsdemonstrationen während der Friedlichen Revolution 1989 zu „Montagspaziergängen“ traf, von Lutz Bachmann, einem verurteilten Straftäter. Er hat gezielt unstrittig rechtsextreme Redner bei Pegida auftreten lassen. Und er hat immer wieder mit Ausdrücken, die der Anstand verbietet, gegen Ausländer gewütet. Pegida begann am 20. Oktober 2014 mit 350 Teilnehmern, aber nach drei Monaten, am 12. Januar 2015, nahmen bereits 25.000 am Montagspaziergang teil. Frauke Petry, die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, hat die Spitze von Pegida in die Räume der AfD im Landtag eingeladen. Und der Mitbegründer der AfD, Alexander Gauland, hat eine Pegida-Veranstaltung besucht und sie wohlwollend als sehr interessant beurteilt.

Nach einer (nicht repräsentativen) Umfrage waren drei Viertel der Pegida-Teilnehmer konfessionslos. Dass gerade sie gegen die Islamisierung des Abendlandes demonstrieren, verwundert. Sie haben aber insofern recht, als auch die Kultur Ostdeutschlands als postchristlich bezeichnet werden muss. Aber diese postchristliche Gesellschaft ist überhaupt nicht empfänglich für islamische Mission. Die Islamisierung könnte also nur durch zig-millionenfache islamische Zuwanderung zustande kommen, eine ebenfalls abwegige Befürchtung. Die Islamisierung des Abendlandes ist eine Wahnvorstellung.

Durch die Annäherung der AfD an Pegida begann die Umorientierung der AfD von einer eurokritischen zu einer migrationskritischen Partei. Im Juli 2015 wählte der Parteitag der AfD Frauke Petry zur Vorsitzenden. Die Öffnung der AfD nach rechts außen ist maßgeblich von Alexander Gauland moderiert worden, einem gebürtigen Chemnitzler, der in der hessischen CDU politisch groß geworden war. Aber auch andere AfD-Politiker, die die Partei nach rechts außen gesteuert haben, kamen aus dem Westen, so der hessische Geschichtslehrer Björn Höcke oder Andreas Kalbitz, bis zum Parteiausschluss Fraktionsvorsitzender der AfD im Brandenburger Landtag. Der einzige Ostdeutsche an prominenter Stelle, Tino Chruppala, seit 2021 mit Alice Weidel Vorsitzender der AfD-Fraktion im Bundestag und seit Juli 2022 einer der Bundessprecher, ist mit begrenztem Weiblich und bescheidener Ausstrahlung eher ein Feigenblatt.

Die AfD ist keine ostdeutsche Partei, sondern von Politikern aus dem Westen dominiert, aber im Osten bei Wahlen erfolgreicher als im Westen. Dies jedoch erleben wir nicht zum ersten Mal. 1998 hat die rechtsextreme DVU des westdeutschen Verlegers Gerhard Frey („Deutsche Nationalzeitung“) nach einem Wahlkampf ohne Veranstaltungen mit den Kandidaten, also nur mit Plakaten, in Sachsen-Anhalt auf Anhieb 12,9 Prozent der Stimmen erzielt. Sie schaffte es aber danach nie wieder in einen Landtag. Und die NPD kam 2004 in Sachsen auf 9,2 Prozent, nachdem sie ihren Hauptsitz aus dem Westen nach Sachsen verlagert hatte. Alle Fraktionsmitglieder waren übrigens Westdeutsche.

Wir können daraus folgern: Ein Teil der ostdeutschen Wähler ist für rechtsradikale Propaganda anfällig und lässt die gebotene Distanz zu rechtsextremen Positionen vermissen. Das kann man damit erklären, aber nicht entschuldigen, dass in der DDR der Faschismus – den Ausdruck „Nationalsozialismus“ vermied man – höchst unzulänglich thematisiert worden ist. Das ist wohl einer der wichtigsten politischen Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland.

Die SED hat die Definition des Faschismus von Dimitroff bis zuletzt vertreten, welche besagte, der Faschismus sei die „offene terroristische Diktatur der am meisten

Die AfD verstehen

Die Dämonisierung der in Teilen gesichert rechtsextremistischen Partei ist eine weitere Facette des ethnologischen Blicks nach Osten. Weder spricht sie für die Mehrheit der Bürger zwischen Ostsee und Erzgebirge noch ist sie eine Ostpartei. Die Gründe für ihre Stärke sind vielmehr in beiden Teilen des Landes zu suchen.

Von Professor Dr. Richard Schröder



reaktionären, chauvinistischem und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Diese Faschismustheorie diene zum einen der Diskriminierung der sogenannten bürgerlichen Demokratie. Diese wurde nicht verstanden als Bändigung der Macht durch Institutionen der Gewaltenteilung, sondern als Verschleierung der Macht des Kapitals. Behauptet wurde, dass die bürgerliche Demokratie in die faschistische Diktatur umschlägt, sobald der Kapitalismus gefährdet sei. Dieser Theorie folgend war der Kommunismus der Hauptfeind des Faschismus. Die Nazis haben die Sowjetunion überfallen, aber die Sowjetunion hat Nazideutschland besiegt. Die Rolle der Westalliierten für die Kapitulation Nazideutschlands wurde verdrängt.

Diese Faschismustheorie hat zudem ein entscheidendes Merkmal des Nationalsozialismus fast unterschlagen, den Antisemitismus. Die Verbindung von Faschismus und Imperialismus ermöglichte es der SED, die USA, die doch Hitlerdeutschland bekämpft hatten, in die Nähe des Faschismus zu rücken und Israel als „Speerspitze des Imperialismus“ zu denunzieren.

Diese Begriffsverwirrungen sind mitverantwortlich dafür, dass in Ostdeutschland die Wachsamkeit gegen eine Wiederkehr des Nazi-Ungeistes leider oft kaum ausgeprägt ist. Dazu kommen die Desorientierungen, wie sie der Zusammenbruch eines politisch-ideologischen Systems mit sich bringt. Die vertrauten Autoritäten – Polizei, Lehrer, oft auch die Eltern – sind diskreditiert. Manche haben das im Sinne einer platten Umkehr so verstanden: Was die SED verboten hat, ist jetzt erlaubt. Davon haben in den Neunzigerjahren die rechtsextremen Skinheads im Osten (nicht selten pubertierende Funktionärskinder) profitiert. Die Stasi hatte sie noch ins Gefängnis gesteckt. Durch die Amnestie am Ende der DDR kamen sie frei und gaben sich nun als Helden des Widerstandes gegen die DDR aus. Deshalb gab es in den Neunzigerjahren im Osten circa dreimal mehr rechtsextreme Jugendliche als im Westen.

Ist die AfD rechtsextrem? Der Verfassungsschutz hat die Landesverbände der AfD von Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextrem eingeordnet, also nur ostdeutsche Landesverbände. Das entscheidende Kriterium ist dabei ein „völkisches“ Volksverständnis, das auf Abstammung beruht. Tatsächlich wird zwar die deutsche Staatsbürgerschaft zumeist durch die Abstammung von deutschen Eltern erworben. Aber die auf Antrag verliehene deutsche Staatsbürgerschaft an Einwanderer ist der ererbten völlig gleichgestellt. In der AfD dagegen wird zwischen alteingesessenen und zugewanderten Deutschen und deren Nachkommen scharf unterschieden. Es gibt in der AfD Gedankenspiele, sie rechtlich ungleich zu behandeln, was dem Grundgesetz manifest widersprechen würde. Namhafte AfD-Mitglieder haben den Unterschied auch rassistisch begründet, auch mit Bezug auf den Hautfarben-Rassismus, der längst wissenschaftlich widerlegt ist.

Aber den AfD-Wählern dürfen wir nicht vorschnell Rassismus unterstellen. Sie sind nicht von der Überlegenheit der eigenen Rasse überzeugt, sondern befürchten kulturelle Überfremdung. Nach den gewaltigen Umbrüchen und oft schmerzhaften Erfahrungen nach dem Zusammenbruch der DDR und den Jahren der Vereinigung sind sie veränderungsmüde und fürchten einen weiteren Verlust von Vertrauen bei unbegrenzter Zuwanderung.

Auch der Ausdruck „Ausländerhass“ trifft den entscheidenden Punkt in der ostdeutschen Stimmungslage nicht genau. Die betreffenden Ostdeutschen, es handelt sich ja nicht um die Mehrheit, haben nichts gegen Algerier in Algerien, sondern etwas gegen Algerier bei uns, die sich benehmen, als wären sie in Algerien. Solche Integrationsverweigerung ist unbestreitbar ein gern vertuschtes Problem. Zudem waren viele Ostdeutsche schon einmal in Berlin-Kreuzberg oder Moabit und haben den Eindruck gewonnen, in Anatolien zu sein. Sie haben von Schulklassen gehört, in denen ein erheblicher Teil der Schüler nur gebrochen oder wohl gar nicht Deutsch spricht und die Zahl der Schulabbrecher hoch ist. In solche Klassen möchten sie ihre Kinder nicht schicken.

Das ist ein verständlicher Wunsch. Sie müssen aber damit rechnen, als Rassisten oder Ausländerfeinde oder Nazis beschimpft zu werden. In Wahrheit aber haben sie sich gar nicht an einem rechtsextremistischen, völkischen, rassistischen Volksbegriff orientiert, sondern an einem kulturellen. Aber manche westdeutsche Linke bestreiten ja, dass es eine deutsche Kultur gebe. Aber warum müssen dann Einwanderer Integrationskurse besuchen? Das Ziel muss eine Integration sein, durch die neben der Sprache, unserer rechtlichen und politischen Ordnung sowie unserer Geschichte auch unsere kulturellen Übelheiten vermittelt werden sollten. Wer zu uns gehören will, muss diese Integrationsmühen auf sich nehmen, wie er andererseits von uns wohlwollende Anerkennung seiner Bemühungen erwarten kann.

Der Aufwand, den die Integration erfordert, hängt von der Größe der zu überwindenden Kulturdifferenz ab. Europäer haben in Europa nur verschwindend geringe Integrationsprobleme. Auch Ostasiaten sind offenkundig erfolgreich um Integration bemüht. Aber Migranten aus islamischen Ländern haben oft erhebliche Integrationsprobleme, zumal sehr oft junge Männer kommen, die überall in der Welt gern anecken. Sie kommen nicht zu uns, um ihre bisherigen Überzeugungen und Gewohnheiten abzulegen. Das müssen sie aber in mancher Hinsicht, vor allem dann, wenn sie patriarchale Familienvorstellungen und ihre Überzeugung von der Minderwertigkeit der Frauen sowie ihren Antisemitismus mitbringen, der bis zum Koran zurückreicht.

Deutschland ist aufgrund der Überalterung seiner Bevölkerung und des daraus resultierenden Fachkräftemangels auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen. Auf diesen Bedarf ist die Politik aber nicht eingestellt. De facto kann seit Jahrzehnten jeder bleiben, der es bis nach Deutschland geschafft hat, auch nach abgelehntem Asylantrag. Kein Wunder, dass die Hälfte der Bürgergeldempfänger (früher Hartz IV) keine deutschen Staatsbürger sind. Es handelt sich bei diesen ungebeten Einwanderern nicht um die Ärmsten der Welt, die aufzunehmen die Barmherzigkeit verlangt, sondern zumeist um kräftige junge Männer, die die Strapazen der illegalen Einwanderung überstehen und von ihren mittelständischen Großfamilien mit den erheblichen Summen für die kriminellen Schlepper ausgestattet wurden. Die Ärmsten können die Schlepper gar nicht bezahlen, ihnen kann nur vor Ort geholfen werden. Indem jeder bleiben darf, der es bis zu uns geschafft hat, belohnen wir gegen unsere Intuition das „Recht des Stärkeren“. Auch bei der Seenotrettung erlauben wir uns eine missbräuchliche Berufung auf die Barmherzigkeit. Die internationale Rechtsordnung fordert, jedem, dem Seenot droht, auf festes Land in Sicherheit zu bringen, nicht aber, ihn ohne Einreisegenehmigung auf einen anderen Kontinent zu bringen.

Die Probleme einer europäischen Einwanderungspolitik sind sehr schwer zu lösen. Unstrittig ist in der Vergangenheit zu dem viel versäumt worden. Davon profitiert die AfD. Sinnvolle Lösungen aber hat sie bisher nicht geliefert. Denn die in der AfD manchmal geforderte „Remigration“, also Eingewanderte gegen ihren Willen und gegen die Rechtslage in ihre Heimatländer zurückzuschicken, würde Deutschland, um es drastisch zu sagen, zu einem Altenheim ohne Pflegepersonal machen.

Ist die AfD eine demokratische Partei? Ihre Tendenzen zu einem völkischen Volksbegriff legen als Antwort ein Nein nahe. Aber ihre Mitglieder und viele ihrer Wähler verstehen sich als Demokraten, die sogar beanspruchen, die bessere Demokratie anzustreben. Sehr oft hört man: „Was wir jetzt haben, ist doch gar keine richtige Demokratie. Wir werden ja nicht gefragt.“ Damit wird die repräsentative Parteiendemokratie des Grundgesetzes infrage gestellt. Eine produktive Auseinandersetzung mit der AfD muss die hier auftretenden Gegensätze im Verständnis der Demokratie zur Sprache zu bringen anstatt die AfD pauschal und für sie unverständlich als undemokratisch zu denunzieren.

Im Jahr 2019 hat die AfD im Osten zwei bemerkenswerte Wahlplakate geklebt: „Vollende die Wende!“ und: „Wir sind das Volk.“ Die Losung „Vollende die Wende“ vergleicht die heutigen Verhältnisse in Deutschland mit denen in der untergegangenen DDR von 1989. Sie setzt demnach die SED-Diktatur und die freiheitlich-demokratische Ordnung des Grundgesetzes – dessen Freiheiten Mitglieder und Wähler

der AfD genießen – gleich und fordert zu deren Sturz auf.

In Wahrheit sind die Forderungen der Demonstranten vom Herbst 89 allesamt erfüllt. Da gibt es nichts zu vollenden. Wir zählen die wichtigsten Forderungen der Demonstranten des Herbstes hier auf. „Nie genug vom Wahlbetrug“, also: freie Wahlen. „Deutschland einig Vaterland“, „Mit dem Fahrrad durch Europa, aber nicht als alter Opa“, also Reisefreiheit. „Egon, gebe acht, teile die Macht“, „Rechtssicherheit statt Staatssicherheit“, „Stasi in die Produktion“, „Kommt die D-Mark, bleiben wir. Kommt sie nicht, gehen wir zu ihr.“ All diese Forderungen sind erfüllt, aber es haben sich danach Probleme ergeben, an die Demonstranten des Herbstes noch gar nicht gedacht haben. Im Wesentlichen sind es wohl drei.

Erstens der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft. Obwohl den Zustand der Wirtschaft von 1989 allein die SED zu verantworten hatte, wurde die Treuhand und also der Westen für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Der Treuhand-Mythos hat einen fiktiven Ost-West-Gegensatz erzeugt, vor dem die postrevolutionären Ost-Ost-Gegensätze verblasst sind. Gepflegt wird dieser Mythos besonders von den Linken und der AfD. Alle ehemals sozialistischen Länder mussten unter Schmerzen den Ausstieg aus der Planwirtschaft bewältigen, sie hatten aber keinen Prügelknaben.

Zweitens: Nach dem Beitritt wurde aus dem Osten der Ruf nach Aufbauhilfen laut. Dreizehnmal haben ostdeutsche Landtage Westdeutsche zu Ministerpräsidenten gewählt, in der Erwartung, diese könnten für sie am meisten herausholen. Seit 2015 aber wird zunehmend darüber geklagt, dass viele Westdeutsche im Osten auf Chefesseln säßen. Der absurde Vorwurf des Kolonialismus macht die Runde.

Drittens: Auf Befragung sagen viele Ostdeutsche, sie fühlten sich als Bürger zweiter Klasse. Was sie nicht sagen: Dieses Gefühl der Benachteiligung stammt nicht aus der deutschen Einheit, sondern begleitet die Ostdeutschen seit 1945, weil sie unter der unangenehmsten Besatzungsmacht leben mussten. Viele Ostdeutsche wissen aber, dass der Unterschied im Lebensstandard zwischen Ost und West allein darauf beruht. Denn 1945 war die Lage in Ost und West gleich schlecht.

Die andere Losung der AfD von 2019 lautete „Wir sind das Volk“. Das haben die Demonstranten auf der Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 skandiert, vor der die Sicherheitskräfte der SED kapitulierten. Es waren nämlich zum Wochenende in der Leipziger Presse Artikel erschienen, in denen die Montagsdemonstranten als Rowdys bezeichnet und gedroht wurde: Wir werden „diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam unterbinden. Wenn es sein muss, mit der Waffe in der Hand“ („Leipziger Volkszeitung“, 6. Oktober 1989). Dagegen riefen die Demonstranten: „Wir sind das Volk“ – und keine Rowdys oder Konterrevolutionäre.

Auf dem Plakat der AfD aber bekam dieser Satz einen ganz anderen Sinn. Zudem war er nun schlicht falsch. 41.000 AfD-Mitglieder sind 0,5 Promille der deutschen Bevölkerung und nicht „das Volk“. Und zweitens wird suggeriert, dieses Volk habe einen gemeinsamen Willen, den „Volkswillen“. Und den müssen die Politiker vollziehen. Unter echter Demokratie versteht die AfD also die Demokratie der direkten Volksbefragung und lässt ein Verständnis für die Vorzüge der parlamentarischen Demokratie völlig vermissen, nämlich die Grundrechte, die auch eine Mehrheit („Volkswille“) nicht entziehen darf, die Gewaltenteilung als Institut der Machtbegrenzung sowie Machtkontrolle und den an Weisungen nicht gebundenen, unabhängigen Abgeordneten, der letztendlich nur seinem Gewissen verpflichtet ist und der das ganze deutsche Volk und nicht nur seine Partei vertritt. Dieses Verständnis der Demokratie geht von der Fehlerhaftigkeit und Verführbarkeit des Menschen aus. Die AfD dagegen erstrebt offenbar Abgeordnete, die den Volkswillen quasi mechanisch vollziehen. Aber den einen, wohl zudem irrtumsfreien Volkswillen gibt es gar nicht. Der Wille des Volkes lässt sich nur durch Wahlen und Abstimmungen feststellen. Und er ist nie einer, sondern geteilt zwischen verschiedenen Optionen.

Der Leipziger Germanist Dirk Oschmann hat behauptet, die Ostdeutschen seien den Westdeutschen an politischer Erfahrung überlegen, da sie zwei politische Systeme erlebt haben und zudem den Zusammenbruch eines Systems. Diese Behauptung ist Unfug. Mit dem Zusammenbruch der DDR haben die Ostdeutschen zunächst die Erfahrungen der Entwertung ihrer bisherigen Erfahrungen unter den Bedingungen von Diktatur und Mangelwirtschaft gemacht. Vielmehr ist das Risiko hoch, dass Verhaltensweisen, die sich unter den Bedingungen von Diktatur und Mangelwirtschaft gebildet haben, in den neuen Verhältnissen weiterwirken. Im Osten ist weiterhin die in der Diktatur geübte Fundamentalkritik an den Politikern, auch generell am Staat, weitverbreitet – verbunden mit der Verweigerung des eigenen Engagements.

Die Bereitschaft zur Mitarbeit in Parteien liegt nur bei einem Drittel des westdeutschen Durchschnitts. Es mussten schon öfter Bürgermeisterwahlen ausfallen, weil sich keine Kandidaten fanden. Manche sagen, „ich war schon einmal in einer Partei, nie wieder“ – auch dies eine illegitime Übertragung einer Diktaturerfahrung in die Demokratie. Andere sagen: „Die Partei, die ich wählen könnte, gibt es nicht.“ Aus der DDR stammt offenbar auch der Hang zur apokalyptischen Stimmung, dass das System bald zusammenbrechen werde.

Schließlich ist die postsocialistische Scham ein Element ostdeutscher Befindlichkeit. Die Ehrlichen unter uns sagen: „Was haben wir doch alles unwidersprochen über uns ergehen lassen!“ Es sind aber nicht alle so ehrlich. Die anderen sagen lieber: „Es war doch nicht alles schlecht in der DDR“ und machen aus der Diktatur, unter der viele zu leiden hatten, eine Idylle. Kein Kundiger wird je behaupten, dass in der DDR alles schlecht war. Aber die Diktatur, die Scheinwahlen und der fehlende Rechtsstaat waren unstrittig schlecht. Wer alles mitmachte, konnte in der DDR unbehellig leben. Ich würde aber damit heute lieber nicht abgeben.

Die AfD ist namentlich im Bundestag eine destruktive Partei. Für ungebührliches Verhalten der Abgeordneten erteilt das Präsidium Ordnungsrufe. In der 17. Legislaturperiode, der letzten ohne AfD, geschah das einmal. In der gegenwärtigen Legislaturperiode wurden bisher 110 Ordnungsrufe erteilt, davon 72 gegen AfD-Abgeordnete. Die Partei fällt zudem durch Anträge auf, die parlamentarische Arbeit beeinträchtigen sollen. Sie will offenbar Sand im Getriebe sein und drückt darin ihre Verachtung für die parlamentarische Demokratie des Grundgesetzes aus. Es ist gut möglich, dass die AfD in kommunalen Parlamenten die Regeln des Anstandes und der Kollegialität besser beachtet, denn da kennt man sich ja persönlich. Im Bundestag jedenfalls betätigt sie sich gezielt als Rüpel. Das genügt als Grund, die Zusammenarbeit mit ihr zu verweigern. Ein Grund für ein Parteiverbot ist schlechtes Benehmen aber nicht.

Für ein Parteiverbot genügt es auch nicht, dass eine Partei dem Grundgesetz widerspricht. Die Meinungsfreiheit schützt auch falsche Meinungen. Um eine Partei zu verbieten, muss diese durch Handlungen gegen die freiheitlich-demokratische Ordnung des Grundgesetzes vorgegangen sein. Dergleichen ist von der AfD bisher nicht öffentlich bekannt geworden. Deshalb steht die Verbotsabsicht unter dem Verdacht der Bequemlichkeit. Man will sich die Mühen ersparen, durch geeignete Vorschläge ihr ihre Wähler abzuwerben. Das aber ist die Pflicht der demokratischen Parteien. Wenn ein Verbotsantrag scheitert, triumphiert die AfD.

Der Verfasser war Vorsitzender der SPD-Fraktion in der frei gewählten Volkskammer der DDR und bis 1. Januar 2019 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Nationalzeitung.

Bernardo Bellotto, gen. Canaletto, und Moritz Götzke, Ansicht von Dresden-Neustadt mit japanischem Palais, 1748/2022, VG Bild-Kunst, Bonn 2025